



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Parlament

## **V-15 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXV. GP**



### **Beratungen des Ständigen Unterausschusses des Hauptausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union**

(Auszugsweise Darstellung)

**Mittwoch, 16. September 2015**

# **Beratungen des Ständigen Unterausschusses des Hauptausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union**

(Auszugsweise Darstellung)

XXV. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 16. September 2015

---

## **Tagesordnung**

1. CM 3638/15  
3408. Tagung des Rates der Europäischen Union (Justiz und Inneres)  
am 14. September 2015 –  
Einberufung und vorläufige Tagesordnung  
**(75594/EU XXV.GP)**

## EU-Asylpolitik

"Tempo in die Sache bringen" will **Innenministerin Johanna Mikl-Leitner** beim nächsten Ratstreffen Justiz und Inneres zur Flüchtlingsverteilung in der Europäischen Union. Für eine faire und nachhaltige Quotenlösung brauche es aber noch viel Überzeugungsarbeit bei mehreren EU-Ländern, denn selbst wenn eine Einigung mit Mehrheitsbeschluss zustande gebracht wird, gestalte sich die Umverteilung von Flüchtlingen im Unionsraum ohne Einstimmigkeit "umso problematischer", sagte sie im EU-Unterausschuss des Nationalrats. Möglicherweise seien dann die Staats- und Regierungschefs gefordert, im Europäischen Rat eine rasche Lösung herbeizuführen.

Die Auffassung, dass noch intensiv an einer tragbaren EU-Flüchtlingspolitik gearbeitet werden muss, teilten grundsätzlich alle Fraktionen im Ausschuss. Bei den erforderlichen Maßnahmen gibt es aber teils große ideologische Gegensätze. So setzte dem **SPÖ**-Aufruf für mehr Solidarität bei der Flüchtlingsverteilung die **FPÖ** eine klare Absage an "Zwangsquoten" entgegen und verschriftlichte dies in einem Antrag, der aber nur vom **Team Stronach** mitunterstützt wurde. Ebenfalls in der Minderheit blieben die **Grünen** mit ihrem Appell für Möglichkeiten der legalen Einreise Schutzsuchender nach Europa im Rahmen eines gemeinsamen EU-Asylsystems inklusive Quotenregelung. Diesen Antrag trugen lediglich die **NEOS** mit. Die Redner der **Volkspartei** schließlich betonten die aktuellen Initiativen zur Grenzsicherung.

Grundlage der Ausschussdebatte war das jüngste **EU-Sondertreffen des Rats Justiz und Inneres** zur weiteren Vorgangsweise angesichts der zunehmenden Flüchtlingsbewegungen nach Europa. Die dort gefundene Grundsatzeinigung, 120.000 Flüchtlinge gerecht auf die EU-Staaten aufzuteilen, wertete **Mikl-Leitner** lediglich als "Sofortmaßnahme", nicht als Dauerlösung. Geeinigt hat man sich im Rat zudem auf einen Zeitplan, Hot-Spots zur Registrierung der Schutzsuchenden in Grenzländern der Union einzurichten. Keinen Konsens unter den EU-Mitgliedsstaaten gibt es bislang über verbindliche Flüchtlingsquoten.

"Europa scheitert an der Flüchtlingsfrage, oder wir schaffen das gemeinsam", fasste **Innenministerin Mikl-Leitner** die gegenwärtige Lage in der Europäischen Union angesichts der sich täglich steigernden Zahl an Schutzsuchenden zusammen. "So rasch wie möglich" seien nun an den EU-Außengrenzen Zentren zur Identifizierung und Registrierung Asylsuchender einzurichten, Italien und Griechenland hätten die Umsetzung derartiger Hot-Spots bereits für die nächsten Tage zugesagt. Die EU leiste hier finanzielle und personelle Unterstützung. Damit die Weiterverteilung von Flüchtlingen von diesen Registrierungsstellen aus funktioniert, seien einheitliche Standards nötig, sowohl hinsichtlich Versorgung der Flüchtlinge als auch der Definition sicherer Drittstaaten, ist **Mikl-Leitner** einer Meinung mit **Petra Bayr (S)**. Die **Ministerin** betonte dabei allerdings, EU-Asylstandards bedingten auch, dass AsylwerberInnen nicht mehr selbst zwischen den Aufnahmestaaten wählen können. Zu den von **Bayr** angesprochenen Maßnahmen für Integration von Personen mit Asylstatus meinte die **Ministerin**, maßgeblich sei bei der Verteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Flüchtlingen nicht zuletzt, in welchem Land sie am besten integriert werden können, etwa hinsichtlich Sprache oder Qualifikationen. Mit dem kürzlich von der Regierung beschlossenen Integrationspaket nehme man daher in Österreich schon konkrete Maßnahmen in Angriff, vom Schulbereich bis zum Arbeitsmarkt.

Als eines der größten Hindernisse für eine gleichwertige Verteilung Schutzsuchender in Europa wertete **Albert Steinhauser (G)** das geltende Dublin-System zur Rückführung Asylwerbender in Erstaufnahmestaaten der EU. Fraglos sei diese Übereinkunft unter den EU-Staaten bei den Anstrengungen für eine gerechte Aufteilung der Flüchtlingsversorgung nicht zielführend, bestätigte **Mikl-Leitner**. Sie unterstütze daher die bis Ende des Jahres geplante Evaluierung der Regelung. Ohne bessere Lösung halte Österreich jedoch an den Dublin-Vorgaben fest, auch in Bezug auf Rückführungen nach Ungarn, wo von ihrem

Ressort dieser Tage die humanitäre Situation der AsylwerberInnen abgeklärt werde, so die **Ministerin**. Letztlich sei jede Rückführung im konkreten Fall zu entscheiden.

"Grenzkontrollen lösen das Problem auch nicht", kritisierte **FPÖ-Mandatar Johannes Hübner** den aktuellen Einsatz von Polizei und Bundesheer an der österreichischen Grenze zu Ungarn. Die Flüchtlingssituation in Europa gerate tatsächlich völlig außer Kontrolle, nicht zuletzt aufgrund der ihm zufolge verfehlten Abschiebepolitik in der EU, "Kommen heißt Bleiben". In seinem Antrag auf Stellungnahme deponierte **Hübner** unter anderem seine Absage an ein EU-Quotensystem zur Flüchtlingsverteilung und forderte, dass Asylsuchende in ihren eigenen Regionen versorgt werden. Ungarn solle von der Bundesregierung in seiner Haltung gegenüber den Flüchtlingen unterstützt werden, heißt es in dem Antrag weiter, da das Land als einziges das Dublin-System befolge. Rückhalt für die derzeitigen Grenzkontrollen der Exekutive erhielt die **Ministerin** hingegen von **Rouven Ertlschweiger (V)**: Man setze damit ein wichtiges Signal, "nicht jeder kann kommen". Ähnliche Schritte zur Grenzsicherung seien wohl auch im Süden Österreichs nötig, vermutete **Johann Singer (V)** mit Hinweis auf die geänderten Flüchtlingsrouten über die Balkanländer. "Wir müssen die Ängste der Bevölkerung ernst nehmen", wandte sich **Team Stronach-Mandatarin Waltraud Dietrich** gänzlich gegen eine unregelmäßige Aufnahme von Asylwerbenden, ansonsten werde die Gesellschaft immer mehr polarisiert.

Scharfe Kritik am Antrag der Freiheitlichen kam von SPÖ, Grünen und NEOS, ungeachtet des Einwurfs **Wendelin Mölzers (F)**, die Forderungen darin entsprächen dem "Willen der Bevölkerung". "Der FPÖ-Antrag spricht gegen alles, worum sich Österreich und die EU derzeit bemühen", brachte **Hannes Weninger (S)** seine Sicht auf den Punkt. **Hübner** habe offenbar den seit vier Jahren in Syrien tobenden Krieg vergessen, zeigte sich **Alev Korun (G)** bestürzt und ihr Parteikollege **Albert Steinhauser** zog nach. 90% der syrischen Flüchtlinge befänden sich am asiatischen Kontinent. Europa brauche zur Flüchtlingsversorgung nicht nur ein faires, ausgewogenes System mit Quoten, sondern auch legale Einreisemöglichkeiten für Menschen, die vor Krieg, Verfolgung oder unmenschlichen Bedingungen in Massenlagern der Region fliehen, appellierte die **Grüne Asyl-Sprecherin** mit einem Antrag auf Stellungnahme ihrer Fraktion. Weitere Forderungen der Grünen stellen auf einen sicheren Korridor für Überfahrten von Flüchtlingen über das Mittelmeer ab, und zwar im Rahmen eines ausgeweiteten EU-Seenotrettungsprogramms. Als "inakzeptabel" bezeichnete **Korun** demgegenüber militärisches Vorgehen der EU zur Abwehr von Schlepperbooten.

Hinsichtlich Verteilungsschlüssel bekräftigte **Nikolaus Scherak (N)**, ohne Quoten auf EU-Ebene sei die Situation nicht in den Griff zu bekommen. Seine Nachfrage an **Mikl-Leitner**, wie vorzugehen ist, wenn im kommenden Rat erneut keine entsprechende einstimmige Einigung erzielt wird, beantwortete die **Ministerin** mit dem Hinweis auf die Problematik einer gerechten Verteilung ohne Zustimmung aller beteiligten Länder. An **Korun** gerichtet, meinte die **Ministerin**, sie teile die Ansicht, dass Europa legale und sichere Wege nach Europa für Schutzsuchende schaffen müsse. Schon vor einem Jahr habe sie darauf hingewiesen, dass die EU im Zusammenhang mit der Asylpolitik Reformen brauche, ging **Mikl-Leitner** näher auf ihre Initiative "Save Lives" ein. Diese Anregung sei auf EU-Ebene angekommen und teilweise in den EU-Aktionsplan eingeflossen. In Niger gebe es sogar Pläne für ein Zentrum zur Erstabklärung der Asylchancen, sodass Menschen nicht auf der Flucht über das Mittelmeer ihr Leben riskieren müssen, um einen Asylantrag in Europa zu stellen, informierte die **Ministerin**. Militärisches Vorgehen gegen Schlepper zur See ziehe die EU derzeit mangels UN-Mandat nicht in Betracht.

Das "Flüchtlingsproblem" sei vor allem ein menschliches, erinnerte **SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl**: "Der Winter kommt und es wird kalt!". Eine humanitäre Lösung sei nur im solidarischen Wirken in allen Bereichen möglich, also auf staatlicher, europäischer und internationaler Ebene.

Neben den innereuropäischen Herausforderungen der Flüchtlingspolitik beschäftigten sich die EU-Länder natürlich auch mit den Ursachen, die Menschen zum Verlassen ihrer Region zwingen, versicherte **Innenministerin Mikl-Leitner**. In diesem Sinne würden EU-Gelder in der Höhe von 1,8 Mrd. € zur Unterstützung der nordafrikanischen Länder freigemacht, wies sie auf die kommende EU-Afrika-Konferenz in der maltesischen Hauptstadt Valletta hin, auch um die Rückführung von Personen zu ermöglichen. Mehr finanzielle Hilfen gebe es überdies zur Verbesserung der Lage in den Flüchtlingszentren der syrischen Nachbarländer. Österreich wolle dafür die Beiträge an das Flüchtlingshochkommissariat UNHCR aus dem Auslandskatastrophenfonds erhöhen. Auf EU-Ebene sei als "Richtgröße" für Mittel an regionale Aufnahmezentren 1 Mrd. € in Diskussion, informierte sie **Barbara Rosenkranz (F)**. Für Fortschritte in den Friedensverhandlungen zum Krieg in Syrien setzt **Mikl-Leitner** große Hoffnungen in die nächste UN-Generalversammlung. Nicht nur gelte es, einen Waffenstillstand zu erzielen, auch der Kampf gegen die Terrormiliz IS sei zu verstärken.

Die besorgniserregenden Bedingungen in den Flüchtlingslagern rund um Syrien beschrieben **Petra Bayr (S)** und **Alev Korun (G)** im Detail. Als Folge der UNHCR-Mittelkürzungen würden drastische Versorgungsengpässe den Menschen zusetzen. **Bayr** machte außerdem auf die Situation von Frauen und Mädchen in den Lagern aufmerksam, die dort etwa kaum vor Vergewaltigung geschützt seien. Die Unterbringung Asylwerbender in Österreich beschäftigte die Abgeordneten am selben Tag noch im Verfassungsausschuss des Nationalrats, bei dem der Vorschlag für ein Bundesverfassungsgesetz zur gleichmäßigen Aufteilung von Flüchtlingen im Bundesgebiet – vulgo Durchgriffsrecht - auf der Tagesordnung stand.

Folgender Antrag auf Stellungnahme der FPÖ wurde auch vom Team Stronach unterstützt, von SPÖ, ÖVP, Grünen und NEOS jedoch mehrheitlich abgelehnt:

### **ANTRAG AUF STELLUNGNAHME gemäß Art 23e Abs. 3 B-VG**

der Abgeordneten Dr. Hübner, Dr. Bösch, B. Rosenkranz und Mölzer

**betreffend CM 3638/15**

**3408. Tagung des Rates der Europäischen Union (Justiz und Inneres)  
am 14. September 2015 – Einberufung und vorläufige Tagesordnung  
(75594/EU XXV.GP)**

eingebraucht in der Sitzung des Ständigen Unterausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union am 16.9.2015

Seit dem vergangenen Wochenende überschlagen sich die Ereignisse und mediale Berichterstattung zur Migrationsproblematik in Europa fast minütlich. Im Sinne des Erhalts der nationalstaatlichen (Rest-) Souveränität Österreichs ist es das Gebot der Stunde, sich jetzt klar zu positionieren.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### **ANTRAG AUF STELLUNGNAHME gemäß Art. 23e Abs. 3 B-VG**

Der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union wolle beschließen:

„Das zuständige Mitglied der Bundesregierung wird aufgefordert, bei den weiteren Verhandlungen

- keinen EU-Quoten für Migranten und deren zwangsweisen Verteilung in den EU-Mitgliedsländern zuzustimmen, da dies allein in den souveränen Entscheidungsbereich der Nationalstaaten fällt und bleiben muss;
- jedem diesbezüglichen - insbesondere finanziellen - Druck gegen EU-Mitgliedsländer in diesem Zusammenhang eine klare Absage zu erteilen;
- allen EU-Mitgliedsländer volle Unterstützung und Solidarität zuzusichern, die ihre Außengrenzen – der bestehenden Rechtsordnung gemäß – schützen; dies insbesondere gegenüber Ungarn;

sich weiters vehement und nachdrücklich dafür einzusetzen:

- dass Flüchtlings- und sonstige Asylprobleme auf den Kontinenten gelöst werden, auf denen sie auftreten (genannt seien hier beispielhaft die 100.000 leer stehenden Pilgerzelte bei Mekka in Saudi-Arabien, die allein 3 Millionen Menschen Platz bieten);
- dass diesbezüglich notwendige Revisionen internationaler Verträge vorgenommen werden;
- dass für Asylwerber, die sich bereits im Land befinden, Verträge mit außereuropäischen Drittstaaten abgeschlossen werden, die die Abwicklung des

Asylverfahrens vor Ort durchführen und einen allfälligen Daueraufenthalt in diesem (Dritt-) Staat sicherstellen (Vorbild: „Australische Lösung“).

Das gegenständliche Vorhaben ist auf die Erlassung eines verbindlichen Rechtsaktes gerichtet, der sich auf die Erlassung von Bundes(verfassungs)gesetzen auf dem im Rechtsakt geregelten Gebiet auswirken würde.

Folgender Antrag auf Stellungnahme der Grünen wurde auch von den NEOS unterstützt, von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Team Stronach jedoch mehrheitlich abgelehnt:

## **ANTRAG AUF STELLUNGNAHME gemäß Art. 23e Abs. 3 B-VG**

der Abgeordneten Alev Korun und Albert Steinhauser

**betreffend**

**3408. Tagung des Rates der Europäischen Union (Justiz und Inneres)  
am 14. September 2015 – Einberufung und vorläufige Tagesordnung  
(75594/EU XXV.GP)**

eingebraucht in der Sitzung des Unterausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union am 16.9.2015

Die Schlussfolgerungen des Rates der Justiz- und InnenministerInnen vom 14. September 2015 sowie die menschenrechtlich inakzeptable Situation der Flüchtlinge, die auf der Suche nach Schutz vor Verfolgung im Mittelmeer ertrinken, auf der Balkan-Route oft ohne Wasser und sonstige Versorgung wochenlang auf sich allein gestellt sind, die auf Bahnhöfen übernachten müssen und teilweise von Sicherheitskräften geschlagen werden – um nur ein paar Beispiele zu nennen – legen nahe, dass es schleunigst eine gemeinsame EU-Asylpolitik von allen EU-Mitgliedstaaten braucht.

Der Vertrag von Lissabon bietet dafür die notwendigen rechtlichen Grundlagen. So können Rat und Europäisches Parlament im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren, das für den Rat qualifizierte Mehrheit und für das Europäische Parlament eine einfache Mehrheit vorsieht, verstärkte Maßnahmen für ein gemeinsames europäisches Asylsystem erlassen, das lt. Art. 78 (2) AEUV u.a. eine gemeinsame Regelung für den vorübergehenden Schutz von Vertriebenen im Falle eines Massenzustroms und eine menschenrechtlich einwandfreie, gemeinsame EU-Flüchtlingspolitik mit gleichen Standards in allen EU-Ländern vorsieht. Vor diesem Hintergrund stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgenden

## **ANTRAG AUF STELLUNGNAHME gemäß Art. 23e Abs. 3 B-VG**

Die Bundesregierung, insbesondere die Ministerin für Inneres, wird aufgefordert, sich bei den Verhandlungen auf europäischer Ebene über ein europäisches Asylsystem für folgende Maßnahmen einzusetzen und in weiterer Folge auf deren Umsetzung hinzuwirken:

- Das Dublin-System muss grundlegend reformiert und eine faire, ausgewogene und verpflichtende Aufteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU auf Basis des Vorschlags der Kommission zur Entlastung von Griechenland und Italien vorgenommen werden;
- Es muss die Möglichkeit einer legalen Einreise, beispielsweise durch Antragstellung von AsylwerberInnen in EU-Botschaften, (wieder) geschaffen werden, damit Schutzsuchende nicht mehr auf bezahlte Schlepper angewiesen sind, da eine legale Einreise kaum möglich ist;
- Für die Rettung von Schutzsuchenden ist ein sicherer Korridor zu schaffen, der durch Etablierung eines Seenotrettungsprogramms Mare Nostrum II zu unterstützen ist



- Militärisches Vorgehen gegen Flüchtlingsschiffe und Schutzsuchende ist sofort zu beenden. Die dafür veranschlagten Mittel sind für den Auf- und Ausbau von menschenwürdigen Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge in Europa sowie für die Unterstützung des UNHCR in den Flüchtlingscamps in den von den Krisen am meisten betroffenen Nachbarstaaten zu verwenden. Darüber hinaus müssen die EU-Mitgliedstaaten ihre Resettlement-Programme für die Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten in Kooperation mit dem UNHCR ausweiten und verstärken;

Das gegenständliche Vorhaben ist auf die Erlassung eines verbindlichen Rechtsaktes gerichtet, der sich auf die Erlassung von Bundes(verfassungs)gesetzen auf dem im Rechtsakt geregelten Gebiet auswirken würde.